



Amt der Tiroler Landesregierung

Präs.Abt. II - 1128/12

An das  
Bundesministerium für  
Unterricht, Kunst und Sport  
Minoritenplatz 5  
1014 W i e n

A-6010 Innsbruck, am 18. Dezember 1986

Tel.: 052 22/28701, Durchwahl Klappe 153

Sachbearbeiter: Dr. Gstöttner

Bitte in der Antwort die  
Geschäftszahl dieses  
Schreibens anführen.

Betrifft	GESETZENTWURF
Z'	76 GE 986
Datum:	7. JAN. 1987
Verteilt	7. Jan. 1987 <i>Brüderle</i>

*S. Bauer*

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend die  
Förderung der IV. Weltwinterspiele für  
Körperbehinderte 1988 in Innsbruck  
(Paralympics);  
Stellungnahme

Zu Zahl 14.414/1-III/2/86 vom 5. November 1986

Zum oben angeführten Gesetzentwurf wird wie folgt Stellung  
genommen:

Bezüglich der Finanzierung der IV. Weltwinterspiele für  
Körperbehinderte 1988 in Innsbruck ist zwischen dem Bund  
und dem Land Tirol vereinbart worden, daß der Bund eine  
Subvention in der Höhe von 3 Millionen Schilling gewährt  
und eine Ausfallshaftung bis zur Höhe von 1,5 Millionen  
Schilling übernimmt, während das Land Tirol eine Subven-  
tion in der Höhe von 1 Million Schilling gewährt und eine  
Ausfallshaftung bis zur Höhe von 500.000,- Schilling über-  
nimmt. Entsprechend dieser Vereinbarung hat die Tiroler  
Landesregierung in ihrer Sitzung am 13. Mai 1986 beschlos-  
sen, dem Verein Organisationskomitee der IV. Weltwinter-  
spiele für Körperbehinderte-Paralympics unter der Voraus-  
setzung, daß die Stadt Innsbruck die Veranstaltung mit der

- 2 -

gleichen Summe und der Bund mit der Summe von 3 Millionen Schilling subventioniert, für die Durchführung der Weltwinterspiele eine Subvention von 1 Million Schilling zur Verfügung zu stellen und für einen eventuellen Abgang in den Organisationskosten, wieder unter der Voraussetzung, daß die Stadt Innsbruck den gleichen Betrag und der Bund den Betrag von 1,5 Millionen Schilling übernimmt, eine Ausfallshaftung bis zu einer Höhe von 500.000,- Schilling zu übernehmen.

Nach dem vorliegenden Entwurf würden von Bundesseite nur mehr eine Subvention aus Bundesmitteln in der Höhe von 1,5 Millionen Schilling und ein Betrag von 500.000,- Schilling aus dem Ausgleichstaxfonds sowie zur Deckung des Abganges eine Subvention aus Bundesmitteln bis zu einer Höhe von 1 Million Schilling geleistet werden. Der Bund würde damit wesentlich von der seinerzeitigen Zusage abweichen. Die Tiroler Landesregierung betrachtet den Entwurf daher als einen Bruch der ursprünglichen Vereinbarung und erwartet, daß der Bund ebenso wie das Land Tirol diese Vereinbarung einhält.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Dr. Z e b i s c h

Landesamtsdirektorstellvertreter

Abschriftlich

an alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt  
der Niederösterreichischen Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausfertigungen

an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. Z e b i s c h

Landesamtsdirektorstellvertreter

F.d.R.d.A.:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Schulz', written in a cursive style.